

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

254 (8.11.1910) 2. Blatt

## Eine imposante Kundgebung für die Reichszuwachssteuer

Silbete eine am vergangenen Sonntag in der Reichshauptstadt abgehaltene Versammlung, die von dem Ausschuss für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten einberufen war. Das mehrtausendköpfige Publikum, das die weiten Hallen des Zirkusgebäudes füllte, setzte sich in der Hauptsache zusammen aus christlich-nationalen Arbeitern und Arbeiterinnen beider Konfessionen. Die Kundgebung wurde mit einer Ansprache, in der er als den Zweck der Kundgebung bezeichnete: wir wollen Zeugnis ablegen gegen das Wohnungs- und Bodenwucherer. Wir erkennen als den Grund des Wohnungslebens die Verflechtung des Bodens in wellenförmig aufsteigenden Terrassen und sagen mit D. v. Bodelschwingh: „Der Bodenwucherer schürt uns den Hals zu“. Der Kampf gegen die Zusammenpferdung der Arbeitermassen in Mietskasernen hat begonnen. Wir wollen für eine wirkliche Reichszuwachssteuer demonstrieren. Wir denken nicht daran, uns gegen den Grundbesitz zu wenden, wir wenden uns nur gegen den überwuchernden Grundbesitz. Nicht dem einzelnen Menschen, sondern der überwuchernden Terrainpekulation unserer Tage wollen wir das Brandmal der Gemeinwohlgefährdung aufdrücken. Wir wollen gleichzeitig den öffentlichen Gewissen sagen, daß sie wirksamer vorgehen müssen. Wir warten vergeblich auf Wohnungs- und Bodenreform. Es ist ein unangenehm und Wohnungsinspektion. Es ist ein unangenehm und Wohnungsinspektion. Es ist ein unangenehm und Wohnungsinspektion.

Als erster Redner nahm dann der Führer der Bodenreformbewegung, Adolf Damacke, das Wort zur Verteidigung der Zuwachssteuer. Man sagt, die Sachverständigen sind noch nicht einig. Wenn wir in der sozialpolitischen Gesetzgebung gewartet hätten, bis die Sachverständigen einig waren, dann hätten wir heute noch kein einziges Schutzgesetz. Aber wer sind denn die Sachverständigen? Hämmer, der als Vorsitzender des Ausschusses der Berliner Bodenreformgesellschaft Nord seine Ämten anweist und gleichzeitig als Volksvertreter im Stadtparlament, hat sich im Namen von Handel und Gewerbe gegen die Zuwachssteuer erklärt. Oder Gadenland, der Direktor der Berliner Bodenreformgesellschaft, die in den letzten Jahren 100 Prozent Dividende ausschüttete? Wir fordern, daß die Interessenten sich in dieser Sache als „Sachverständige“ anständigweise zurückhalten. Die Zuwachssteuervorlage hat viel zu niedrige Steuerhöhen, wenn man dagegen die Grundbesitzsteuer, die Salzfsteuer und die Grundbesitzsteuer. Hier kann man ruhig bis zu 50 Prozent gehen und dabei ein gutes Gewissen haben. Man jagt weiter, der Kampf gegen die Zuwachssteuer werde im Interesse der Mieter geführt. Alle nationalökonomischen Autoritäten stimmen darin überein, daß die Steuer auf die Grundrente regelmäßig nicht überwälzt werden kann. Ich beziehe mich auf das Zeugnis des diesjährigen Mietpreises und das Zeugnis des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine. Die Zuwachssteuer soll nicht überwälzen. Deshalb regt man sich denn so sehr darüber auf? Die Praxis beweist das Gegenteil. Rantow und Weipenke, zwei arme Berliner Vorkämpfer mit je 40 000 Einwohnern, haben aus der Zuwachssteuer mehr als 200 000 Mark Einnahme, 5 Mark pro Kopf, die sonst durch andere Steuern aufgebracht werden müßten. Rantow mit 20 000 Einwohnern hat 200 000 Mark Einnahmen, Zehn-

dorf mit 16 000 Einwohnern 600 000 Mark. Die Zuwachssteuer ist eine reichlich fließende Steuerquelle. Wir brauchen und wollen dieses Geld. Wir brauchen es für unsere Kriegsveteranen. Die Siege auf den böhmischen und französischen Schlachtfeldern haben es bewirkt, daß aus dem Schöneberger Kartoffelfeld millionenwerte Baustellen wurden, und deshalb müssen hier die Mittel genommen werden, um der nationalen Ehrenpflicht gegen die Veteranen zu genügen. Das Geld liegt wirklich auf der Straße. Es handelt sich bei der Zuwachssteuer um eine Frage sozialer Gerechtigkeit, deren Bedeutung über die Finanzfrage weit hinausgeht. Wir lieben das Land unserer Väter, aber eben so sehr das Land unserer Kinder. Es ist für Berlin bereits ein Bauplan genehmigt worden für Mietskasernen für zwölf Millionen Menschen. Was ist das für ein Kinderland? Hier verdirbt deutsches Volkstum, deutsche Sittlichkeit, deutsche Ehre. Wehe den Vertretern des deutschen Volkes, wenn sie die Interessen des werktätigen Volkes zurücksetzen und derart zugunsten weniger Terrainpekulanten!

Reichstagsabgeordneter Behrens schilderte in längeren Darlegungen die wichtigsten Momente der Entwicklung unseres Volkes: die Reichsgründung, die Einleitung der nationalen Wirtschaftspolitik und die Einleitung der Sozialpolitik, und bezeichnete als nächste große Aufgabe die Wiedergewinnung des Bodens. Seit der Reichsgründung hat sich die Einwohnerzahl Berlins um das Dreifache, der Wert des Bodens Berlins aber um das zwanzigfache vermehrt. Haben die Grundbesitzer diesen Mehrwert geschaffen? Zu gleicher Zeit hat sich die Zahl der Wohnungen auf derselben Bodenfläche verdoppelt, die Zahl der Bewohner auf derselben Bodenfläche ist von 59 auf 77 gestiegen. Die Hälfte der Berliner Wohnungen ist unzulänglich, zu teuer und überfüllt. Je geringer das Einkommen ist, desto größer ist die Mietsquote und desto schlechter die Wohnung. Auch das Glend, das im Mittelstande beklagt wird, beruht zum großen Teile auf der Bodenverwertung. Als im vorigen Jahre die Beamtengehälter erhöht wurden, da kamen zahllose Petitionen an uns, daß die Erhöhung bereits im voraus fortgenommen sei durch die Erhöhung der Wohnungsmieten. Auf der einen Seite sehen wir einen außerordentlichen Aufschwung des gesamten Erwerbslebens, auf der anderen Seite besitzen 90 Prozent der Bevölkerung ungenügende Wohnungen. Die Gewerkschaftsarbeit ohne Bodenreform ist unmöglich. Von 55 000 Gemeinden haben 470 die Zuwachssteuer eingeführt, da ist die Reichszuwachssteuer eine Erlösung. Das Wichtigste ist der Sieg des Prinzip, daß die Zuwachssteuer von Reichs wegen eingeführt wird. Die Gemeinden müssen vom Reiche zu arbeiterfreundlicher Bodenreformpolitik gezwungen werden. Wenn die Masse des Volkes über 300 Millionen neuer Steuern trägt, dann ist es gerecht, daß auch die Besitzenden und gerade von dem mühselos erworbenen Besitz abgeben müssen.

Mit jubelndem Beifall wurde der dritte Redner, Erzellenz Wagner, empfangen. Er führte aus: Das Wohnungsleiden ist außerordentlich groß, wir sind an die Grenze gekommen. Deshalb gehört die Bodenpolitik zu den wichtigsten Mitteln der Sozialpolitik: wir müssen für bessere und billigere Wohnungen sorgen. Der Bodenwert hat eine natürliche Steigerung, aber diese darf nicht künstlich befördert werden. Das aber tut die Bodenpekulation. Es ist kein gesunder Zustand, wenn die Bodenrente so schnell und stark steigt. Erst die Neugestalt hat den Grund und Boden zum Spekulationsobjekt gemacht. Die Terrainpekulation ist eine Geschäftsspekulation, die der ordentliche Kapitalist nicht treibt, die öffentliche Meinung muß solche Tätigkeit verurteilen. Der Mißstand besteht nicht nur in den Städten, sondern auch im Großgrundbesitz. Man wirft mir das Schlagwort entgegen: sozialistische Politik. Es ist mir gleich, aber es ist eine richtige Politik. Schon Bismarck ist damit diesem dummen Schlagwort entgegengetreten. Die Streitfrage ist heute nicht mehr:

Zuwachssteuer oder nicht, sondern: Gemeinde- oder Reichssteuer. Die Gemeinden müssen an der Steuer teilhaben, aber es ist nicht richtig, daß sie den ganzen Ertrag haben müssen. Die innere Begründung der Steuer, daß der Wertzuwachs nicht durch den Einzelnen geschaffen ist, sondern durch die Entwicklung des ganzen Volks und der ganzen Volkswirtschaft, spricht für die Reichssteuer. Denn an dieser Entwicklung hat zweifellos das Reich den größten Anteil. Die ursprüngliche Regierungsvorlage ist mir lieber als die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt. Eine tüchtige objektive Beamtenregierung leistet in solchen Fragen besseres als die Zufallsarbeit des Parlaments. Erzellenz Wagner schloß seine Ausführungen mit der Mahnung: wir wollen dem Staate und dem Reiche geben, was ihnen gebührt.

Nachdem noch Fräulein Behm, die Vorsitzende des christlichen Seimarbeiterinnenverbandes, die Annahme der Zuwachssteuer im Interesse der Lage der Seimarbeiterinnen, die gerade unter der Wohnungsnot so bitter leiden, empföhlen hatte, nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschlüsse an: 1. Die Versammlung, einberufen von der christlich-nationalen Arbeiterpartei Berlins, ist der Ueberzeugung, daß die Zusammenpferdung der Arbeiter in den Mietskasernen der Großstädte zu den schwersten sozialen Schäden der Gegenwart gehört, daß die Regierungen gegenüber den schreienden Notständen tatkräftig eingreifen werden. Sie ist der Ueberzeugung, daß eine Reichszuwachssteuer, die den unbedingten Wertzuwachs wirksam besteuert, im Kampf gegen die gerobermäßige Terrainpekulation eine wirksame Waffe ist und erstrebt den deutschen Reichstag, sich in diesem Sinne schlüssig zu machen. 2. Die Versammlung sieht einen inneren Zusammenhang darin, daß die letzte große Fläche in der Umgebung der Reichshauptstadt, das Tempelhofer Feld, dem Mietskasernenhygiene ausgeliefert wurde, und daß in Moabit wurzellose und verzweigte Persönlichkeiten, die nichts zu verlieren haben, sich mit Gewalt gegen die Obrigkeit wandten. Wir fordern eine großzügige Boden- und Wohnungsreform aller öffentlichen Gewalten als eine nationale Notwendigkeit. Es ist zu erwähen, daß Vertreter des Reichskanzlers, des Staatssekretärs des Innern und des Staatssekretärs des Reichsschatzkanzlers der Versammlung bewohnten.

## Die Schulfrage in Spanien.

Gegen die christliche Schule.  
Nun kommt das Schulgesetz, denn der Senat geht auf meine Wünsche ein — so sagte Canalejas dieser Tage zu dem Korrespondenten eines radikalen französischen Blattes. Und er führte dabei noch aus, warum dieses Gesetz so notwendig sei. Das alte Schulgesetz aus dem Jahre 1857 überläßt die Volksschule den Gemeinden und bestimmt je nach der Bevölkerungsziffer derselben die Anzahl der Schulen. Von den spanischen Provinzen hatten nur vier ein Mehr von 74 Schulen über das gesetzliche Erfordernis hinaus, alle anderen zusammen hatten 9579 Schulen weniger, als die gesetzliche Vorschrift lautet. In einigen Provinzen macht das Manko bis zu 72 Prozent aus. Es gibt Provinzhauptorte, die 143 Schulen weniger aufweisen, als das Gesetz zusammen von ihnen verlangt. Das leuchtet ein — bemerkt das Luzerner „Vaterland“, dem wir diese Ausführungen entnehmen —, wenn es sich um die Behebung eines Mangels handelt. Aber dem Ministerpräsidenten Canalejas und seinem Unterrichtsminister Burrel ist es nicht nur darum zu tun, sie wollen der spanischen Volksschule auch einen ganz anderen Charakter geben. Sie soll nicht mehr katholisch, sondern „neutral“ sein, damit kein Spanier seinem Kinde eine konfessionelle Erziehung zu geben brauche, wenn er sie nicht wolle. Man kann nun leicht einwenden, wenn in der neutralen Schule das Gewissen der Kinder von Freidenkern nicht mehr belastet werde, so werde dafür den katholischen Kindern — also der über-

großen Mehrheit — der Besuch eines Unterrichts zugemutet, der im Widerspruch zu den kirchlichen Lehren steht, weil die Kirche einen christlichen Unterricht durch christliche Lehrer fordert.

**Volksbildung durch religiöse Orden.**  
Man kann dem Herrn Canalejas noch etwas ganz anderes entgegenstellen, nämlich, daß seine Schulreform auch nicht wegen der Erhöhung der Zahl der Volksschulen notwendig ist. Seine Ziffern über den gewaltigen Mangel an Volksschulen in Spanien sind nämlich nur bis zu einem gewissen Grade richtig, d. h. soweit, als es sich um wirkliche Gemeindefschulen handelt.

Die Gemeinden, oft arm, hatten nicht die Mittel, eine Schule nach der Vorschrift des Gesetzes zu errichten. Man kennt ja die armen Dörfer, wo mangels einer geregelten Bewässerung das Feld viele Monate hindurch dürr und trocken daliegt, wo die Bevölkerung zu Tausenden nach Amerika in bessere Verhältnisse flüchtet. Dort, und auch an Plätzen, wo es ein wenig besser geht, stellen sich als willkommene Helfer auf dem Gebiete der Schule wieder die religiösen Orden ein. Ihre Schulen treten an die Stelle der Gemeindefschulen und werden von allen Kindern des Dorfes besucht. Es mag da und dort vorkommen, daß die Lehrkräfte kein staatliches Patent besitzen; die Schule ist aber, da es sich wenigstens um Lesen, Rechnen und Schreiben handelt, auf alle Fälle besser als gar keine. Diese Kongregationschulen zählt Canalejas in seiner Schilderung des Manos nicht auf; sie machen das Bild viel günstiger.

## Bessere Volksbildung bei den Katholiken.

Canalejas verschweigt auch wohlweislich, daß gerade die vier Provinzen, wo das Schulwesen der Gemeinden am besten entwickelt ist, so daß sich sogar ein Plus über die gesetzliche Vorschrift hinaus ergibt — Merikale Provinzen, darunter das Baskenland, Navarra und Leon, sind. Canalejas hat also keinen Anlaß, wegen der Zahl der Schulen befohlen zu sein; ihm ist es nur um die Einführung der „neutralen“ Schule zu tun.

**Wertvolle Geständnisse.**  
Minister Burrel war offener: er schüttelte dem italienischen Erzgeistlichen Romolo Murri gegenüber sein ganzes Herz aus. In der „Stampa“ schildert Murri seinen Empfang und sein Gespräch mit diesem Unterrichtsminister, und in dieser Schilderung finden sich höchst wertvolle Geständnisse. Man höre:

Die Staatschule genießt kein Ansehen und gibt spärliche Resultate. Der private Unterrichtsbetrieb zieht Vorteile daraus. Privatunterricht kann man eigentlich nicht gut sagen, denn es handelt sich eher um den Volksschulunterricht der religiösen Kongregationen, die uns auf diesem Gebiete eine furchtbare Konkurrenz machen. Wir haben keine kriegerischen Absichten, aber wir wollen, daß unsere Schulen instand sind, freigelegt mit der Initiative der Kongregationen zu konkurrieren.“

In diesen Worten, die wir genau zitiert, liegt ein bedeutames Eingeständnis. Die Staatschulen können nicht mit den Kongregationschulen konkurrieren. Warum wohl nicht? Weil ihre Leistungen hinter jenen der Ordensschulen zurückbleiben, welche „furchtbare Konkurrenz“ machen. Es ist also nach den Verkündigungen Burrels die Sache doch etwas anders, als sie Canalejas dargestellt hat, denn nun besteht gar ein eifriger Wettbewerb auf dem Gebiete der Volksschule, indem die Kongregationschulen die Staatschule verdrängen. Deshalb auch der Rückgang der staatlichen Gemeindefschulen zugunsten der Kongregationschulen. Die freien Schulen haben sich in Spanien zeitig einen Boden geschaffen, und das war gut und wird erst dann zur Geltung kommen, wenn einmal der Staat wirklich seine Schulen neutralisiert.

**Faule Aussichten.**  
Minister Burrel erklärte weiter: „Der Unterricht für die Mädchen ist in allen Graden in den Händen der religiösen Kongregationen; der Mittelschulunterricht, der in den Händen der Provinzen liegt, wird ausschließlich für Knaben wie für Mädchen, von den Ordensleuten ausgeübt. Der Staat kann nicht zugeben, daß die Volksschule ein Instrument politischer

## Jugendromandichtung.

Roman von G. v. Schlippenbach

(Fortsetzung.)  
Am ersten Tage, nachdem die Verlobung mit Rantow aufgelöst wurde, hatte Eva tapfer mit sich gekämpft und war schon lange ruhig und in sich gefestigt. Ihr frommes Gemüt suchte Trost und Kraft bei der einzig reinen Heilquelle, und im innigen Gebet fand sie das Gleichgewicht der Seele wieder und jetzt war sie wieder die alte, sonnige Eva, Tante Annas treue Heidebegleiterin. Die beiden Damen waren zuletzt in Mäler gewesen, jetzt reisten sie nordwärts nach Berlin, zur ersten Hochzeit in der Familie: Eva konnte es kaum erwarten, nach so langer Zeit alle ihre Lieben zu umarmen.  
In diese Zeit fang man an von dem neuen Schriftsteller Benno Hammer zu sprechen, der eben einen Roman geschrieben hatte und eine altdeutsche Sage in klugvollen Versen. Eva fragte sich neugierig, ob es ihr früherer Literaturlehrer sein konnte; sie kannte seinen Taufnamen nicht, gewiß gab es viele dieselben Namens. Das Gesicht mit den traurigen Augen tauchte in Evas Erinnerung auf und als sie den Roman las, gewann sie die Ueberzeugung, daß kein anderer wie ihr Literaturlehrer es geschrieben hatte, war es doch sein Schicksal, das er in ergreifender Sprache schilderte. Eva war selbst sehr begabt und hatte allerlei geschrieben, was jetzt beiläufig; es tat ihr wohl, ihr inneres Fühlen in Worte zu kleiden. Sie entschloß sich, eine kurze Skizze an eine Redaktion in Hannover zu senden unter dem Pseudonym E. Norden, den sie aber für ihren eigenen Namen ansah; Hammer den Genuß, den er ihr durch seine Werke bereitet hatte, mit Spannung harzte sie auf die Antwort des

Redakteurs. Ob er wohl ihren Beitrag annahm? Schneller als sie gedacht, schrieb Hammer in liebenswürdiger Weise, er wolle die Skizze abdrucken lassen und sprach sich lobend über sie aus. Eva antwortete in der Freude ihres Herzens; seitdem wechselten sie Briefe.  
„Sie sind eine Dichternatur,“ schrieb Hammer unter anderem, „nicht wahr, Sie dichten selbst?“  
„Ja,“ antwortete Eva.  
„Schildern Sie mir einige Ihrer Lieder,“ bat der Redakteur.  
Sie tat es unter Herzlopfen. Hammers Kritik war ziemlich scharf, doch auch manches Lob wurde ihr zuteil. Er bat darum, zwei ihrer Gedichte bringen zu dürfen, was Eva natürlich gerne bewilligte.  
„Wenn er wüßte, wer E. Norden wirklich ist,“ dachte das junge Mädchen lächelnd. Nur Tante Anna war ins Vertrauen gezogen.  
„Du wirst noch eine bekannte Schriftstellerin werden,“ sagte Eva, „nette Frau Sagede ihre Pflanztochter.“  
„Hammer darf nie erfahren, daß ich für sein Blatt schreibe, Tante!“ Eva dachte auch heute auf der Reise nach Berlin an ihr Bestekenspiel und lachte leise für sich, es gedächte ihr so großes Vergnügen. Tante Anna schlief fest, Eva sah auf der anderen Seite des Kusses, sie waren die einzigen Reisenden darin. Das junge Mädchen hatte sich unterwegs ein Buch gekauft, ein Bündchen Novellen, deren Verfasser Hammer war; sie vertiefte sich so darin, daß sie erwiderte, als eine Stimme fragte:  
„Ist es erlaubt, hier Platz zu nehmen, gnädiges Fräulein?“  
„Lupus in fabula,“ dachte Eva.  
Hammer stand vor ihr. Mächtig, sie waren in Hannover angekommen.  
„Bitte,“ entgegnete Eva kühl.

Das Buch glitt zu Boden, Hammer hob es auf, er lächelte kaum merklich, als er es ihr reichte, dann legte er sich ihr gegenüber.  
„Er kennt mich nicht,“ dachte Eva vergnügt, „wenn er wüßte, daß ich E. Norden bin.“  
Sie verhielt zu leien und der Blick ihres Reisegefährten ruhte fragend auf ihrem Gesicht. Nach einiger Zeit griff Hammer in die Tasche seines Ueberziehers und holte daraus eine Zeitung hervor; sein Wort wurde gewechselt, beide schienen in ihre Lektüre vertieft. Eva hatte die erste Novelle beendet, sie dachte über sie nach und schaute zum Fenster hinaus, die moderne, stark realistische Richtung des Gelesenen gefiel ihr nicht. Im ersten Werk Hammers lag ein Hauch edelster Poesie, der Eva ansprach. Sie fuhr zusammen, als ihr Gegenüber sie anredete:  
„Sie lesen, wie ich vorhin sah, das Neueste,“ sagte Hammer, „wie gefällt es Ihnen?“  
„Gar nicht,“ berstete Eva aufrichtig.  
„Danz und bündig geiprochen,“ lachte Hammer, „darf ich um Ihre Gründe bitten, gnädiges Fräulein?“  
„Warte,“ dachte Eva, „Du hast meine Gedichte kritisiert, nun sollst Du meine Meinung hören.“  
Ehe sie es sich verah, war sie mit Hammer in eine lebhaft Auseinandersetzung verfallen.  
„Sie räumen uns Frauen wohl kein vollgültiges Urteil ein, mein Herr!“ rief Eva entrüstet, als Hammer eine scharfe, diesbezügliche Bemerkung machte, das Herz spielt bei uns die erste Rolle, es entscheidet richtigst bei der kalte Verstand.“  
„Sie mißverstehen mich, gnädiges Fräulein; ich will gewiß Ihrem Geschlecht nicht nahe treten und spreche ihm nicht geistige Begabung ab.“  
„Das wäre auch noch schöner,“ rief Eva ärgerlich. „Ich hatte eine Mitarbeiterin meines Blattes —

ich bin nämlich Redakteur einer Zeitung —, die Dame schrieb sehr gut für das Feuilleton.“  
Eva verbiß ein Lachen.  
„Sie heißt E. Norden, ich habe noch nie so viel rein weibliches Empfinden mit Verstand gepaart gefunden; ihre Skizzen und Gedichte sprechen von schriftstellerlicher Begabung.“  
Es zuckte verräterisch um Evas Lippen.  
Wenn er wüßte, mit wem er spricht, dachte sie better.  
„Verzeihen Sie,“ fing Hammer wieder an, „darf ich eine Frage an Sie richten, gnädiges Fräulein?“  
„Gewiß.“  
„Sie erinnern mich an eine Lieblingschülerin; ich war früher Lehrer der Literatur in Berlin.“  
„So?“ sagte Eva gleichgültig. Sie fürchtete erkannt zu werden.  
„Die junge Dame hieß Eva Grotenbach,“ fuhr Hammer fort, „find Sie nicht mit ihr verwandt?“  
„Oh — ja — eine weitläufige Kusine, ich soll ihr gleichen!“  
„Darum die Ähnlichkeit!“ rief Hammer erfreut. „Als ich Fräulein Eva Grotenbach unterrichtete, war sie noch fast ein Kind, es war für mich immer eine Freude; meine begabte Schülerin war sehr poetisch und voller Gefühl. Wo mag sie jetzt sein?“  
„Ich weiß es nicht.“  
„So sehen Sie sie nicht?“ fragte Hammer, „gern hörte ich von ihr.“  
„Ich sehe Fräulein Eva Grotenbach zuweilen,“ entgegnete Eva und ihre braunen Schelmenaugen bligten.  
„Wirklich?“ rief Hammer, „ist sie verheiratet?“  
„Nein, noch nicht.“  
„Das wundert mich, sie war ein reizendes Mädchen.“  
(Fortsetzung folgt.)

Qualifikation werde. Es handelt sich nicht darum, die Gewissen zu verletzen, sondern zu verbinden, daß sie im ganzen Alter für eine bestimmte Partei gewonnen und gezogen werden und unsere Institutionen hassen. Wir wollen, daß unsere Schule frei und für alle Strömungen offen, von den Parteien unabhängig und achtungsvoll gegenüber der zukünftigen Freiheit der Bürger ist. Ebenfalls interessant als Späßchen! Wenn eine Volksschule in katholischen Geiste geleitet wird, dann ist sie ein politisches Instrument! Kinder, die katholisch erzogen werden, sollen einer bestimmten Partei überliefert werden! Der famose Herr Minister scheint gar nicht zu merken, daß seine Staatschule dann die Kinder im Sinne des Herrn Burrel, also der politischen liberalen Partei, heranbildet, die gleichzeitig eingestößt, daß sie keine katholische Erziehung will und für ihre Ziele nicht brauchen kann.

**Auf Schleichwegen.**  
Romolo Murri fragte nun den liberalen Minister: „Ist es wahr, daß nun in Spanien der Laiencharakter der Schule proklamiert werden soll?“ Burrel winkte ab. „Es ist nicht klug“, sagte er, „heute diese Frage anzuschneiden. Sorgen wir für die Verwirklichung des Religionsunterrichts, aber möglichst ohne Krämpfe.“ Er wird von selbst fallen. Die Worte Burrels waren nicht für das Ohr der spanischen Katholiken bestimmt, und er glaubte auch nicht, daß sie ihnen zu Gehör kommen würden. Hätte er doch gegenüber Murri bei, von Italien leise man in den spanischen Blättern nichts als Meldungen über Cholera, Erdbeben und den Beut. Vor italienischen Indispositionen befürchtete er nicht.

Die liberale Regierung Spaniens getraut sich also nicht, ihren Plan, die Laienschule in Spanien einzuführen, offen anzukündigen. Auf Schleichwegen hofft man das Ziel dennoch, aber leichter zu erreichen. Will man vielleicht staatliche Brantien für den Versuch der „neutralen“ Schulen einführen? Nehliches verlaute ich schon früher. Ein Glück, daß die Katholiken mit ihren Privatschulen schon weit voran sind. Einricht und Klugheit gebieten, die Qualität des Unterrichts und seiner Leitung noch nach Kräften zu verbessern. Keine Opfer dürfen in dieser Richtung gescheut werden.

### Sozialdemokratie in Oriskranken- kassen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hat zu diesem Thema Mitteilungen veröffentlicht, welche für die Sozialdemokratie sehr unangenehm waren. Die „Leipz. Volksztg.“ hat in Nr. 254 vom 2. November dazu bemerkt:

Die Korrespondenz teilt in keinem Falle Ort oder Namen mit, wo sich diese angebliche Mißwirtschaft ge-  
scheit haben soll, so daß auch nicht die entfernteste Mög-  
lichkeit einer Nachprüfung der Behauptungen gegeben ist.  
Als Gewährsmänner werden z. B. angegeben: „Ein  
Mentant einer Kasse im Westen“ oder „ein Beamter einer  
Kasse im Norden“. Der Grund für solche unbestimmte  
Angaben liegt auf der Hand: Das nationalliberale Organ  
stellt Behauptungen auf, die es zu beweisen nicht imstande  
ist. Die Hauptsache ist ihm verbelebende Stimmung-  
madie, um bei der Verwaltung der Schatzkassen zu be-  
wirken, was die Wünsche der Nationalliberalen  
enthalten. Sie erklären alle die Angaben der Nationalli-  
beralen Korrespondenz über „sozialdemokratische Mißwirt-  
schaft“ in den Oriskrankenkassen so lange für nieder-  
trächtige Verleumdungen und bewußte Lügen, bis sie für  
jeden einzelnen von ihr angeführten Fall Ort, Namen  
der Beamten und Zeit des Vorfalles angibt.

„Niederträchtige Verleumdungen!“  
„Bewußte Lügen!“

Andere „Lügen“ als „bewußte“ gibt es bekanntlich  
gar nicht. Wenn eine etwa unwahre Behauptung  
nicht eine „bewußte“ unwahre ist, so hat man eben  
nicht eine „Lüge“ vor sich. Bei den „Genossen“  
kommt es jedoch gar nicht selten vor, daß sie sich mit  
solchen Begriffen nicht zurecht finden. Wie wenig  
es ihnen darauf ankommt, mit den allergeringsten  
Anschuldigungen blindlings um sich zu werfen, sieht  
man eklatant an diesem Beispiel. Ohne den Sach-  
verhalt selber zu kennen, ohne zu wissen, wo die  
Sache sich zugetragen hat und wer daran beteiligt  
ist, begehrt die genannte sozialdemokratische Zeit-  
ung die Erzählungen als „niederträchtige Verleum-  
dungen“ r.!! Die „Nationallib. Kor.“ hat darauf  
geantwortet:

„Das Leipziger Blatt scheint gar nicht zu merken,  
wie lächerlich es sich mit dieser kleinen Fabel macht:  
es weiß absohit nicht, wann und wo die von uns ge-  
meindeten Tatsachen sich zutragen, aber es erklärt sie  
tapfer für Verleumdungen und Lügen. Glaubte die  
„Leipz. Volksztg.“ ernstlich, daß wir uns diese Dinge  
ausgedacht haben, so mag sie es ruhig tun. Im übrigen

### Kirchliche Nachrichten.

— **Rom, 7. Nov.** Der Papst empfing heute den  
Mündigen Nuntius Fruchwirth in Privataudiens.

— **Eggertshausen.** Am Dienstag, den 15. November, be-  
ginnen abends um 5 Uhr in der Herz Jesu-Kapelle dahier die  
hl. Exereitionen für die Mitglieder des 3. Ordens und  
damit bis Samstag früh. Jeden Tag werden vier Vor-  
träge gehalten. Am Samstag, den 19. November, dem Tage  
der hl. Elisabeth, der Patronin des 3. Ordens, ist früh um  
6 Uhr Schlußvortrag mit päpstlichen Segen. Um 10 Uhr  
ist Festpredigt und Hochamt für die Lebenden und verstorbenen  
Mitglieder des 3. Ordens.

— **Aus dem Kapitel Wilmgen.** Auf eine Antrag-  
„Rechte und Pflichten absterbender Priester“ hat die hoch-  
würdige Synode unter Nr. 10889 vom 3. 1. M. folgenden  
Erlaß gegeben:

„Die absterbenden Priester haben, weil sie noch im Besitze  
ihrer Pfarropfände sind, das aktive Wahlrecht bei der Wahl  
der Kapitelvorsitzenden etc., Tit. I § 13, II, und ebenso  
die Pflicht, für 4 Kapitular 3 hl. Messen zu lesen.“

— **Griefen, 6. Nov.** Nachdem unsere schon gelegene  
Kirche, welche im Jahre 1900 und 1901 neu erbaut wurde,  
nacheinander schon durch die herrlichen Altäre,  
Kanzel, Kronleuchter, Chor- und Seitentische usw. erhalten  
hat, wurde sie nunmehr auch ausgestattet und zwar durch  
Herrn Malermester August Kolb in Offenburg, der da-  
durch wirklich seinem Ruf als tüchtiger Künstler bestätigt  
hat. Die Altarbilder, wie auch der Kreuzweg und alle  
Ausführungen legen Zeugnis ab von dem Können des  
Herrn Kolb, der seine Mühe und Zeit scheute, unsere herr-  
liche Kirche ihrem Wau entsprechend auszumalen.

— **Von der Donau, 6. Nov.** Der Stadt Geisingen  
stehen zwei freudige Ereignisse bevor. Am 20. d. M. findet  
der längstst erwartete Einzug in die neue Kirche  
statt und vom 27. November bis 4. Dezember wird dabeist  
eine Mission von Franziskanern aus Rudau abgehalten.  
Ferner finden Missionen beim Wilsbergserneuer-  
ungen im Dezember in der Baar statt: in Bräu-  
lingen und in Weidingen.

steht unser Material jedermann zur Einsicht offen, sofern  
er einen vertrauensverdienenden Eindruck und die Gewähre  
bietet, daß er die auf diese Weise erlangte Kenntnis der  
Sachen und Orte nicht zu Nachteilen gegen die Einsender  
benutzt. Bei der Leipz. Volksztg. aber treffen beide  
Voraussetzungen nicht zu.“

Die „Natlib. Kor.“ hat inzwischen eine neue  
Sammlung von Einzelberufskommisionen veröffentlicht;  
eine Abtheilung derselben handelt von der Verjorgung  
von „Genossen“ durch keineswegs einwandfreie An-  
stellungen bei Oriskrankenkassen. Die „Korresp.“  
schreibt:

„Daß in den Krankenkassen Leute angestellt werden,  
die den Anforderungen nicht gewachsen sind, davon wissen  
fast alle Zusatzschriften zu erzählen. Die „Genossen“  
machten zum großen Teil auch keinen Gehl daraus, daß sie  
die Oriskrankenkassen nur als Verjorgungsanstalten für  
Sozialdemokraten betrachten. So äußerte einer auf den  
Einwand eines Neulings, daß die Kasse parteipolitisch  
mißbraucht werde: „Sollen wir unsere Leute und unsere  
Maßnahmen nicht wählen dürfen, wie andere das auch  
machten? Und ist es nicht genug, daß noch über ein halbes  
Dutzend Angestellte, die nicht zu uns gehören, sich von uns  
fütteln lassen.“ In derselben Kasse wurde ein danker-  
rotter Käufhändler untergebracht zur Entschädigung da-  
für, daß sein Sohn als Redakteur eines sozialdemokrati-  
schen Blattes sechs Monate sitzen mußte. Ein 10jähriger  
junger Mann wurde aus der Lehre herausgenommen und  
mit demselben Gehalt wie ein Erwachsener angestellt, nur  
weil der verstorbene Vater sich um die Partei verdient ge-  
macht und die Witwe Anspruch darauf erhoben hatte  
usw. Was uns sonst noch an Beispielen für die herrschende  
Cliguewirtschaft geschrieben wird, spotted jeder Besor-  
gung. Es würde zu weit führen, die zum Teil recht pikant  
Geschichten hier wiederzugeben; wir können nur  
wiederholen, daß es allerhöchste Zeit ist, daß mit der-  
artigen Zuständen gründlich aufgeräumt wird.“

„Niederträchtige Verleumdung“ und „be-  
wußter Lüge“ kann man darauf nicht antworten.

### Baden.

**Karlsruhe, 8. November 1910.**  
Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben  
Sich gnädigt bewegen gefunden, den nachgeordneten eke-  
maligen Angehörigen der Schutztruppe für Südwestafrika die  
silberne Verdienstmedaille am Bande des mili-  
tärlichen Karl Friedrich-Verdienst-Ordens zu  
verleihen, und zwar: dem Unteroffizier Hermann Schorpp,  
dem Unteroffizier D. Heinrich Log, dem Gefreiten: Karl  
Werner, Heinrich Brodbeck, Gustav Laib, August  
Fegle, Friedrich Völsch Hele, Johann Rief und He-  
rmann Vochem, dem Keller Karl Beng sowie dem Maga-  
zinsausgeber Joseph Deichselbohrer.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben  
Sich gnädigt bewegen gefunden, den nachgeordneten Fürstlich  
Polenregimentskapitän und -bediensteten die folgenden  
Auszeichnungen zu verleihen:

- A. von Orden von Jähriger Löwen:**
1. das Kommandeurkreuz erster Klasse:  
dem Hofmarschall Freiherrn von Wangenheim und  
dem Hofmarschall Grafen von Spee;
  2. das Kommandeurkreuz zweiter Klasse:  
dem Geheimen Hofrat, Geheimen Weitzrat und Leib-  
arzt Dr. Sawatzki;
  - B. das Verdienstkreuz vom Jähriger Löwen:  
dem Hofrat von Dr. Dr. Dr. Dr. Dr. Dr. Dr. Dr. Dr. Dr. Dr.  
Stalmeier Lindemann und dem Hauspostrat von Dr. Dr. Dr.  
C. Verdienstmedaillen:  
1. die kleine goldene:  
dem Kammerdiener Wasfeld und dem Obermundsch  
Weiß;
  2. die silberne:  
den Lakaien Jeps und Praß und den Aufsehern  
Schmidt und Strahl. Ferner wurde dem Hofopern-  
sänger und Requisiteurinspektor A. D. Peter Ludwig in  
Karlsruhe das Ritterkreuz zweiter Klasse mit  
Eichenlaub des Ordens vom Jähriger Löwen zu ver-  
leihen.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben Sich  
gnädigt bewegen gefunden, dem Hilfsreferenten beim Mini-  
sterium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Landgerichts-  
rat Dr. Ritter die untertänigst nachgeordnete Erlaubnis zur  
Annahme und zum Tragen der ihm verliehenen 4 Klasse  
des Kaiserlich Japanischen Verdienstordens der aufgehenden  
Sonne zu erteilen.

### Auskufseier.

— **Aus Baden.** Man schreibt uns: Der ge-  
meine Aukud (oculus canorus) hat die sprichwört-  
lich genordnete Sitte, seine Eier in fremde Nester,  
in die Nester von kleineren Vögeln zu legen, um sie  
von diesen ausbrüten zu lassen. Das ist ein  
häßlicher Zug an diesem Aukud, ein Zeichen  
recht tiefmütterlichen Gefühls. Mit dem Aukud  
müßten wir nun den einen oder anderen geist-  
lichen Artikelreißer vergleichen, der von  
Zeit zu Zeit seine „Eier“ in „fremde Nester“ zu  
legen pflegt, um alsdann ruhig und fidel zuzu-  
schauen, wie so ein „fremder Vogel“, von dem diese  
„Eier“ gar nicht herrühren, sie „ausbrüten“ muß,  
d. h. ohne Bild zu reden, es gibt einzelne Geistliche,  
welche von Zeit zu Zeit das Bedürfnis fühlen, in  
liberale, ja ausgesprochen kirchenfeindliche Blätter  
über kirchliche Angelegenheiten, Anordnungen oder  
Personen absällig kritizierende, anstößige oder auf-  
reizende Artikel zu schreiben. Wir sind weit ent-  
fernt, diesen Herren in jedem einzelnen Falle die gute  
Absicht abzuspregen, und es sind Fälle denk-  
bar, wo die Inanspruchnahme eines liberalen Pres-  
seorgans schlechthin in einer Notwendigkeit werden  
kann, die man bedauern mag, aber doch begrifflich  
finden muß. Wir verstehen das so, daß ein Geist-  
licher niemals in ein ausgesprochen kirchen-  
feindliches Blatt, wie z. B. die „Bad. Landes-  
zeitung“, schreiben darf; eine Notwendigkeit, in ein  
solches zu schreiben, kann nur dann vorliegen, wenn  
es sich um eine Verichtigung handelt. D. H.) Wir  
haben in diesem Falle die Ueberzeugung gewonnen, daß  
solche Einzelkündigungen mit einer kritischen  
Tendenz gar nichts nützen, keinen Erfolg bezüglich  
einer etwaigen Abänderung der beanstandeten Sache  
erzielen und nur den Gegner Wasser auf ihre Mühlen  
liefern; ferner, daß auch solche Artikel, die einer in  
eigener Sache zu seiner Verteidigung oder  
Rechtfertigung in einer liberalen Zeit-  
ung veröffentlicht, meistens diesen Zweck in den  
Augen der kirchlichen Kreise doch nicht erreichen.  
„Aukudseier“ nennen wir aber alle diejenigen  
Zeitungsartikel, die auf die moralischen  
Kosten anderer, völlig Unbetheiligter verfaßt  
und publiziert werden, Artikel, wegen welcher so  
mancher unschuldige Amtsträger in Verdacht kommt,  
falschlicherweise darum angezogen wird“, während  
der tatsächliche Verfasser sich den — Aukud darum  
sichert, wenn ein fremder Vogel seine Eier aus-  
brüten, d. i. die Folgen davon in Form von Ver-  
dächtigungen oder Angriffen über sich ergehen lassen  
muß. Ein solcher „gemeiner Aukud“ sät im  
sicheren Verstand und hat seine helle Freude über das,  
was er angestiftet hat; er reißt sich vernünftig die  
Hände und läßt sich ins Häufchen, wenn über diesen  
oder jenen hergefallen und zu Gericht gefessen wird.  
Das ist gewiß kein Gebahren, das von einer ehren-  
haften und aufrechten Gesinnung zeugt! Wir wollen  
nährlich nicht verlangen, daß jeder, der einen  
Artikel „verbreitet“, mit Namensunterschrift für  
seinen Inhalt einstehen soll. Das ist bei uns  
nicht Sitte und müßte zudem stets auf Gegenständig-  
keit beruhen. Wie viel Unheil würde übrigens in  
der Wurzel erlösen, wenn alle Zeitungs-  
korrespondenten für die Erzeugnisse ihrer oft so  
hochhaften Feder die namentliche Verantwortung  
zu übernehmen hätten! So manche Feder  
würde verrotten für immer! Wo aber scheint die  
Wahrnehmung, daß der Verdacht der Urheberschaft  
niemals auf ihn, sondern stets gerne auf einen an-  
deren fällt, manchen schreibefreudigen Menschen in  
der Persönlichkeit, auf fremde Rechnung in liberalen  
Blättern sich zu exerzieren, direkt zu bestärken.  
Ränge Zeit hindurch waren es einige bestimmte  
Persönlichkeiten unter dem Namen, auf die man so-  
fort mit Fingern deutete, wenn ein Aufsehen er-  
regender Artikel über kirchliche Dinge in einer nicht-  
kirchlichen Zeitung erschienen ist. Wir können uns  
besondere einen Geistlichen, der in früheren  
Zeiten hin und wieder an solchen Stellen sich ver-  
nehmen ließ. Bald tat er es, um für andere die  
Kassianen aus dem Feuer zu holen, bald, um sich  
seiner Gegner zu erwehren, dann spitzte er auch  
manchmal die Feder, um öffentlich heranzufahren,  
was andere klug und weise nur bei sich dachten oder  
unter sich beredeten. Seit vielen Jahren ist  
dieser Herr von der Forst ein ganz und gar abge-  
kommen; aber gleichwohl mußte er auch späterhin,  
ja muß er bis heute noch erleben, daß man ihm  
mißfällige Zeitungsartikel zuschiebt, an denen er so  
unbeteiligt war und ist, wie an der Erbauung des  
Eiffelturmes.

Wir kennen aber auch einen „Aukud“ oder glau-  
ben ihn zu kennen, der nicht erst in der Gegenwart,  
sondern schon von jeher es liebte, „Eier in fremde  
Nester zu legen“, Artikel in antikirchlichen Zeitungen zu  
schreiben oder auch höhere geistliche Persönlichkeiten sehr  
verleiben müßten. Dieser Artikelreißer sündigte  
schon viel auf fremde Rechnung; denn er sät sich  
sicher vor Entdeckung und hat sein häßliches „Nest“,  
wenn er ein Feuerle angezündet hat, für das ein an-  
derer als Brandstifter gehalten muß. Müßte ihm  
doch einmal gründlich heimgeleuchtet werden! —  
Man sollte es doch als die selbstverständliche Ehren-

und Gewissenspflicht eines jeden anständigen  
Mannes betrachten dürfen, daß er für seine An-  
gebundenes eintritt, so oft derentwegen ein anderer  
mit Unrecht in Verdacht oder gar zur Verantwortung  
gezogen wird. Zum mindesten sollte er an der  
Stelle, gegen die seine kritischen Auslegungen aus-  
gerichtet waren, sich als Verfaßter bekennen. In diesem  
Sinne pflichten wir dem Artikel in Nr. 251 2. Blatt  
des „Bad. Beobachters“ bedingungslos,  
wenn er an den „katholischen Geistlichen“  
„Frankfurter“ und der „Bad. Landes-  
zeitung“ die Aufforderung richtet, er möge bald  
wahr machen, daß er „der Wau sei, in un-  
serer Anonymität herauszutreten“.

### Kleine badische Chronik.

— **Karlsruhe, 7. Nov.** Beschädigtes Geld. Ein  
Falle, in denen mit Verlust der Behauptung in Brandstiftung  
auch der Verlust des im Hause unter der Bettlade oder in  
einem Schranke aufbewahrten baren Geldes zu beklagen ist,  
sind glücklicherweise nicht mehr so häufig wie früher, da  
bedeutende Bargeld heute bei der Sparkasse oder dem  
Bankinstitut angelegt wird. Immerhin geht aber heute noch  
oft ein kleinerer Teil des Wirtschaftsbetrieb nötiger Waren  
oder größerer zufällig zu Hause befindlicher Geldbeträge ver-  
loren. In einem solchen Falle ist auf einem Baurechnung  
Schwarzwalbes im laufenden Sommer, der durch die  
Schlag entzündet wurde, ein größerer Geldbetrag erbeutet  
beschädigt worden. Das Müngelblet des Reiches in  
Berlin leistet für derart beschädigtes Geld, indem es noch  
als Münze erkennbar ist, in der Regel vollen Ersatz. Ein  
Münze jedoch bis zur völligen Unkenntlichkeit ver-  
schädigt, so wird nur der Metallwert vergütet. Im letzteren  
Fall wende man sich direkt an die Gold- und Silberver-  
anstalt in Frankfurt a. M.

— **Karlsruhe, 7. Nov.** Auf Grund der in der Zeit vom  
12. bis 20. Oktober d. J. abgehaltenen Handelslehrerversam-  
lung sind die nachgeordneten Kandidaten für das Examen erlaßt  
worden: Hermann Martin von Guttenbach, Edward Martin  
von Markab, Wilhelm Frosch von Dierbach, Ernst  
Schädlich von Wetzlar.

— **Karlsruhe, 7. Nov.** Das Gesehes und Verordnungs-  
blatt veröffentlicht den Wortlaut der Gemeindegrenze-  
stättordnung in der jetzt geltenden Fassung. — Die Ver-  
waltung des für den Monat November in Aussicht ge-  
nommenen Meisterfestes für Gärner wurde auf die Zeit  
vom 16. bis 28. Januar kommenden Jahres verschoben.  
— Der Verein badischer Finanzbeamter hält am Son-  
ntag, den 20. Nov., im großen Gastsaale des Kaiser-  
hotels eine außerordentliche Generalversammlung ab.

— **Durlach, 4. Nov.** Prinz Max hat das Protektoral  
über den heiligen Militärorden übernommen.

— **Heidelberg, 6. Nov.** Bei der gestrigen Kommuni-  
kation wurden 97 Studierende eingeschrieben, darunter  
sechs Frauen.

— **Heidelberg, 4. Nov.** Der Grund- und Grund-  
besitzerverein richtete an den Stadtrat das Ersuchen, recht-  
zeitig die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, damit die  
von den Landwirten für den städtischen Gießensdienst  
beschlossenen Erleichterungen in vollem Umfange schon  
im nächsten Wirtschaftsjahr in Kraft treten können.

— **Mannheim, 6. Nov.** In Feudenheim soll ein  
neues Schulhaus gebaut werden.

— **Schweinfurt, 7. Nov.** Im Monat Oktober wurden  
bei der städtischen Sparkasse 179 148 76 M. eingelegt und  
140 928 50 M. zurückgezogen.

— **Weinheim, 7. Nov.** Bei der städtischen Spar-  
kasse wurden im Monat Oktober eingelegt 174 679 24 M.  
zurückgezogen 130 748 68 M.

— **Wetzlar, 7. Nov.** Geldern und Wetzlar sind die  
Gemeinden der Abtragung von städtischen Schulden im Stadt-  
bankhaus (Europasicher Hof) eine Verbindlichkeitsbestätigung  
abgeschlossen aus demselben Haus. Es wurde ein  
Spiel „Ave Maria“ oder „Drei Epochen aus dem Leben  
eines spanischen Rebellenführers“. Es war eine neue  
Freude, zu beobachten, mit wieviel Eifer, Lust und  
Viel von den Mitgliedern des kath. Gelehrtenvereins unter  
der Leitung des Herrn Pfarrers Dr. Scherl gearbeitet wurde.  
Sehr vornehmlich waren auch die Gelänge. Zum Schluß  
gab man noch ein sinniges Märchenstück, das von einem  
Froschfänger erzählt wurde. Das Publikum dankte der  
herzlichen Aufführung mit herzlichem Beifall.

— **Wetzlar, 7. Nov.** Bei der städtischen Sparkasse  
wurden im Monat Oktober 772 766 90 M. eingelegt und  
zurückgezogen 708 797 88 M.

— **Hirsingen, 8. Nov.** Die Verhandlungen wegen  
Errichtung eines Gewerbegerichtes am hiesigen Walle  
haben sich erledigt. — Bei der Verpachtung des  
Gemeindejagdplatzes am Walle wurde für den ersten  
Jagdbesitz ein Vorkaufpreis von 705 M., für den zweiten  
ein solcher von 700 M. erzielt. Bisher soltete jeder Besitz  
nur 40 M.

— **St. Georgen i. Schw., 6. Nov.** Zur Kirchen-  
restauration sind uns auch diesmal wieder viel gele-  
bete von Protokollanten in edler Weise mit Beiträgen  
übergeben worden und zwar in bedeutender Summe.

— **Waldkirch, 6. Nov.** Die Verhandlungen wegen  
Errichtung eines Gewerbegerichtes am hiesigen Walle  
haben sich erledigt. — Bei der Verpachtung des  
Gemeindejagdplatzes am Walle wurde für den ersten  
Jagdbesitz ein Vorkaufpreis von 705 M., für den zweiten  
ein solcher von 700 M. erzielt. Bisher soltete jeder Besitz  
nur 40 M.

— **St. Georgen i. Schw., 6. Nov.** Zur Kirchen-  
restauration sind uns auch diesmal wieder viel gele-  
bete von Protokollanten in edler Weise mit Beiträgen  
übergeben worden und zwar in bedeutender Summe.

### Cheater und Kunst.

**29. Plenarversammlung der Badischen Historischen  
Kommission.**

Am 21. und 22. Oktober 1910 fand in Karlsruhe die  
29. Plenarversammlung der Badischen Historischen  
Kommission statt. Es wohnten derselben 14  
ordentliche und 4 außerordentliche Mitglieder, sowie  
als Vertreter der Groß-Regierung Seine Excellenz  
Staatsminister Dr. Freiherr v. Dulsch, Ministerial-  
direktor Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm und  
Ministerialrat Dr. Baur an. Den Vorsitz führte der  
Vorsitzand, Geh. Hofrat Professor Dr. Dove aus  
Freiburg.

Nachstehende Uebersicht zeigt den Stand der ein-  
zelnen Unternehmungen der Kommission.  
Für den dritten und vierten Band der Regesten  
der Bischöfe von Konstanz hat Pfarrer Dr. Nieber  
wieder eine größere Anzahl von Urkunden süd-  
deutscher und schweizerischer Archive bearbeitet. Für  
den dritten Band sind noch das K. K. Statthaltereiar-  
chiv in Innsbruck und das römische Material zu  
erledigen; bis zum Schluß des nächsten Jahres wird  
dieser Band voraussichtlich druckfertig vorliegen. —  
Geh. Archivrat Dr. Krieger hat im vergangenen  
Jahre die Arbeit für den vierten Band der Regesten  
der Markgrafen von Baden (Regesten des Mark-  
grafen Karl 1453–75) soweit gefördert, daß noch im  
Jahre 1911 mit dem Druck begonnen werden kann.  
— In gleicher Weise wird im nächsten Jahre der  
Druck der ersten Lieferung des zweiten Bandes der  
Regesten der Pfalzgrafen am Rhein, bearbeitet von  
Dr. Graf von Oberndorf, beginnen können. Diese  
Lieferung wird die Regesten der beiden ersten Regie-  
rungsjahre König Ruprechts (1401–02) enthalten.  
— Geh. Hofrat Professor Dr. Wille ist zunächst noch  
mit der Sammlung des Materials für seine Ge-  
schichte der rheinischen Pfalz beschäftigt. — Für die  
Herausgabe eines Nachtragbandes zur Politischen  
Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden und eines  
zweiten Bandes der Denkwürdigkeiten des Mark-  
grafen Wilhelm von Baden war Archivdirektor Geh.  
Archivar Dr. Ober aus im vergangenen Jahre  
tätig; am Abschluß dieser Arbeit wurde er durch  
unabweisliche dienstliche Inanspruchnahme ge-  
hindert. — Professor Dr. Bieschöffer hat die Samm-  
lung von Briefen für die Korrespondenz des Fürst-  
bis Martin Gerbert von St. Blasien fortgesetzt.  
— Von dem Briefwechsel der Brüder Blaurer, den  
Archivar Dr. Schütz in St. Gallen bearbeitet, ist der  
zweite Band erschienen; mit dem Druck des dritten  
Bandes wird im kommenden Jahre begonnen wer-  
den. — Die Herstellung der historischen Grundkarten  
des Großherzogtums Baden unter der Leitung des  
Vorsitzandes des Statistischen Landesamtes, Ober-  
regierungsrats Dr. Lange, geht ihrem Abschluß ent-  
gegen. Die letzte Sektion (Wetzlar) wird im  
nächsten Jahre ausgegeben werden. — Geh. Hofrat  
Professor Dr. Gotthein hat die Arbeiten für den  
zweiten Band seiner Wirtschaftsgeschichte  
Schwarzwalbes weiter gefördert. — Für die Ge-  
schichte der badischen Verwaltungsorganisationen von  
1802–18 hat Dr. Andreas u. a. die Staatsarchive in  
Wien und Stuttgart besucht; die Quellenstudien sind  
nunmehr abgeschlossen; die Drucklegung des ersten  
Bandes ist für Ende des nächsten Jahres in Aussicht  
genommen. — Vom Oberbadischen Geschichtsverein  
sind von Freiherrn von Stözingen, ist das  
dritte Heft des dritten Bandes erschienen, das vierte  
Heft wird noch in diesem Jahre, das fünfte 1911 aus-  
gegeben gelangen. — Mit der Ausarbeitung neuer  
Entwürfe für die Siegel und Wappen der badischen  
Gemeinden war Hr. Feld beschäftigt. Es wurden  
von ihm die Entwürfe für 1 Stadt und 29 Landge-

und Gewissenspflicht eines jeden anständigen  
Mannes betrachten dürfen, daß er für seine An-  
gebundenes eintritt, so oft derentwegen ein anderer  
mit Unrecht in Verdacht oder gar zur Verantwortung  
gezogen wird. Zum mindesten sollte er an der  
Stelle, gegen die seine kritischen Auslegungen aus-  
gerichtet waren, sich als Verfaßter bekennen. In diesem  
Sinne pflichten wir dem Artikel in Nr. 251 2. Blatt  
des „Bad. Beobachters“ bedingungslos,  
wenn er an den „katholischen Geistlichen“  
„Frankfurter“ und der „Bad. Landes-  
zeitung“ die Aufforderung richtet, er möge bald  
wahr machen, daß er „der Wau sei, in un-  
serer Anonymität herauszutreten“.

### Kleine badische Chronik.

— **Karlsruhe, 7. Nov.** Beschädigtes Geld. Ein  
Falle, in denen mit Verlust der Behauptung in Brandstiftung  
auch der Verlust des im Hause unter der Bettlade oder in  
einem Schranke aufbewahrten baren Geldes zu beklagen ist,  
sind glücklicherweise nicht mehr so häufig wie früher, da  
bedeutende Bargeld heute bei der Sparkasse oder dem  
Bankinstitut angelegt wird. Immerhin geht aber heute noch  
oft ein kleinerer Teil des Wirtschaftsbetrieb nötiger Waren  
oder größerer zufällig zu Hause befindlicher Geldbeträge ver-  
loren. In einem solchen Falle ist auf einem Baurechnung  
Schwarzwalbes im laufenden Sommer, der durch die  
Schlag entzündet wurde, ein größerer Geldbetrag erbeutet  
beschädigt worden. Das Müngelblet des Reiches in  
Berlin leistet für derart beschädigtes Geld, indem es noch  
als Münze erkennbar ist, in der Regel vollen Ersatz. Ein  
Münze jedoch bis zur völligen Unkenntlichkeit ver-  
schädigt, so wird nur der Metallwert vergütet. Im letzteren  
Fall wende man sich direkt an die Gold- und Silberver-  
anstalt in Frankfurt a. M.

— **Karlsruhe, 7. Nov.** Auf Grund der in der Zeit vom  
12. bis 20. Oktober d. J. abgehaltenen Handelslehrerversam-  
lung sind die nachgeordneten Kandidaten für das Examen erlaßt  
worden: Hermann Martin von Guttenbach, Edward Martin  
von Markab, Wilhelm Frosch von Dierbach, Ernst  
Schädlich von Wetzlar.

— **Karlsruhe, 7. Nov.** Das Gesehes und Verordnungs-  
blatt veröffentlicht den Wortlaut der Gemeindegrenze-  
stättordnung in der jetzt geltenden Fassung. — Die Ver-  
waltung des für den Monat November in Aussicht ge-  
nommenen Meisterfestes für Gärner wurde auf die Zeit  
vom 16. bis 28. Januar kommenden Jahres verschoben.  
— Der Verein badischer Finanzbeamter hält am Son-  
ntag, den 20. Nov., im großen Gastsaale des Kaiser-  
hotels eine außerordentliche Generalversammlung ab.

— **Durlach, 4. Nov.** Prinz Max hat das Protektoral  
über den heiligen Militärorden übernommen.

— **Heidelberg, 6. Nov.** Bei der gestrigen Kommuni-  
kation wurden 97 Studierende eingeschrieben, darunter  
sechs Frauen.

— **Heidelberg, 4. Nov.** Der Grund- und Grund-  
besitzerverein richtete an den Stadtrat das Ersuchen, recht-  
zeitig die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, damit die  
von den Landwirten für den städtischen Gießensdienst  
beschlossenen Erleichterungen in vollem Umfange schon  
im nächsten Wirtschaftsjahr in Kraft treten können.

— **Mannheim, 6. Nov.** In Feudenheim soll ein  
neues Schulhaus gebaut werden.

— **Schweinfurt, 7. Nov.** Im Monat Oktober wurden  
bei der städtischen Sparkasse 179 148 76 M. eingelegt und  
140 928 50 M. zurückgezogen.

— **Weinheim, 7. Nov.** Bei der städtischen Spar-  
kasse wurden im Monat Oktober eingelegt 174 679 24 M.  
zurückgezogen 130 748 68 M.

— **Wetzlar, 7. Nov.** Geldern und Wetzlar sind die  
Gemeinden der Abtragung von städtischen Schulden im Stadt-  
bankhaus (Europasicher Hof) eine Verbindlichkeitsbestätigung  
abgeschlossen aus demselben Haus. Es wurde ein  
Spiel „Ave Maria“ oder „Drei Epochen aus dem Leben  
eines spanischen Rebellenführers“. Es war eine neue  
Freude, zu beobachten, mit wieviel Eifer, Lust und  
Viel von den Mitgliedern des kath. Gelehrtenvereins unter  
der Leitung des Herrn Pfarrers Dr. Scherl gearbeitet wurde.  
Sehr vornehmlich waren auch die Gelänge. Zum Schluß  
gab man noch ein sinniges Märchenstück, das von einem  
Froschfänger erzählt wurde. Das Publikum dankte der  
herzlichen Aufführung mit herzlichem Beifall.

— **Wetzlar, 7. Nov.** Bei der städtischen Sparkasse  
wurden im Monat Oktober 772 766 90 M. eingelegt und  
zurückgezogen 708 797 88 M.

— **Hirsingen, 8. Nov.** Die Verhandlungen wegen  
Errichtung eines Gewerbegerichtes am hiesigen Walle  
haben sich erledigt. — Bei der Verpachtung des  
Gemeindejagdplatzes am Walle wurde für den ersten  
Jagdbesitz ein Vorkaufpreis von 705 M., für den zweiten  
ein solcher von 700 M. erzielt. Bisher soltete jeder Besitz  
nur 40 M.

— **St. Georgen i. Schw., 6. Nov.** Zur Kirchen-  
restauration sind uns auch diesmal wieder viel gele-  
bete von Protokollanten in edler Weise mit Beiträgen  
übergeben worden und zwar in bedeutender Summe.

— **Waldkirch, 6. Nov.** Die Verhandlungen wegen  
Errichtung eines Gewerbegerichtes am hiesigen Walle  
haben sich erledigt. — Bei der Verpachtung des  
Gemeindejagdplatzes am Walle wurde für den ersten  
Jagdbesitz ein Vorkaufpreis von 705 M., für den zweiten  
ein solcher von 700 M. erzielt. Bisher soltete jeder Besitz  
nur 40 M.

### Cheater und Kunst.

**29. Plenarversammlung der Badischen Historischen  
Kommission.**

Am 21. und 22. Oktober 1910 fand in Karlsruhe die  
29. Plenarversammlung der Badischen Historischen  
Kommission statt. Es wohnten derselben 14  
ordentliche und 4 außerordentliche Mitglieder, sowie  
als Vertreter der Groß-Regierung Seine Excellenz  
Staatsminister Dr. Freiherr v. Dulsch, Ministerial-  
direktor Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm und  
Ministerialrat Dr. Baur an. Den Vorsitz führte der  
Vorsitzand, Geh. Hofrat Professor Dr. Dove aus  
Freiburg.

Nachstehende Uebersicht zeigt den Stand der ein-  
zelnen Unternehmungen der Kommission.  
Für den dritten und vierten Band der Regesten  
der Bischöfe von Konstanz hat Pfarrer Dr. Nieber  
wieder eine größere Anzahl von Urkunden süd-  
deutscher und schweizerischer Archive bearbeitet. Für  
den dritten Band sind noch das K. K. Statthaltereiar-  
chiv in Innsbruck und das römische Material zu  
erledigen; bis zum Schluß des nächsten Jahres wird  
dieser Band voraussichtlich druckfertig vorliegen. —  
Geh. Archivrat Dr. Krieger hat im vergangenen  
Jahre die Arbeit für den vierten Band der Regesten  
der Markgrafen von Baden (Regesten des Mark-  
grafen Karl 1453–75) soweit gefördert, daß noch im  
Jahre 1911 mit dem Druck begonnen werden kann.  
— In gleicher Weise wird im nächsten Jahre der  
Druck der ersten Lieferung des zweiten Bandes der  
Regesten der Pfalzgrafen am Rhein, bearbeitet von  
Dr. Graf von Oberndorf, beginnen können. Diese  
Lieferung wird die Regesten der beiden ersten Regie-  
rungsjahre König Ruprechts (1401–02) enthalten.  
— Geh. Hofrat Professor Dr. Wille ist zunächst noch  
mit der Sammlung des Materials für seine Ge-  
schichte der rheinischen Pfalz beschäftigt. — Für die  
Herausgabe eines Nachtragbandes zur Politischen  
Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden und eines  
zweiten Bandes der Denkwürdigkeiten des Mark-  
grafen Wilhelm von Baden war Archivdirektor Geh.  
Archivar Dr. Ober aus im vergangenen Jahre  
tätig; am Abschluß dieser Arbeit wurde er durch  
unabweisliche dienstliche Inanspruchnahme ge-  
hindert. — Professor Dr. Bieschöffer hat die Samm-  
lung von Briefen für die Korrespondenz des Fürst-  
bis Martin Gerbert von St. Blasien fortgesetzt.  
— Von dem Briefwechsel der Brüder Blaurer, den  
Archivar Dr. Schütz in St. Gallen bearbeitet, ist der  
zweite Band erschienen; mit dem Druck des dritten  
Bandes wird im kommenden Jahre begonnen wer-  
den. — Die Herstellung der historischen Grundkarten  
des Großherzogtums Baden unter der Leitung des  
Vorsitzandes des Statistischen Landesamtes, Ober-  
regierungsrats Dr. Lange, geht ihrem Abschluß ent-  
gegen. Die letzte Sektion (Wetzlar) wird im  
nächsten Jahre ausgegeben werden. — Geh. Hofrat  
Professor Dr. Gotthein hat die Arbeiten für den  
zweiten Band seiner Wirtschaftsgeschichte  
Schwarzwalbes weiter gefördert. — Für die Ge-  
schichte der badischen Verwaltungsorganisationen von  
1802–18 hat Dr. Andreas u. a. die Staatsarchive in  
Wien und Stuttgart besucht; die Quellenstudien sind  
nunmehr abgeschlossen; die Drucklegung des ersten  
Bandes ist für Ende des nächsten Jahres in Aussicht  
genommen. — Vom Oberbadischen Geschichtsverein  
sind von Freiherrn von Stözingen, ist das  
dritte Heft des dritten Bandes erschienen, das vierte  
Heft wird noch in diesem Jahre, das fünfte 1911 aus-  
gegeben gelangen. — Mit der Ausarbeitung neuer  
Entwürfe für die Siegel und Wappen der badischen  
Gemeinden war Hr. Feld beschäftigt. Es wurden  
von ihm die Entwürfe für 1 Stadt und 29 Landge-



